

GESCHICHTEN VOM „ROSAROTEN PANZER“  
ERINNERUNGSKULTUREN. KRIEG, DIKTATUR  
UND VERTREIBUNG IN DER ERINNERUNG  
VON DREI NATIONEN: DIE TSCHECHOSLOWAKEI,  
SLOWAKEI UND DEUTSCHLAND SEIT 1945

Seit einigen Jahren ist in den Kulturwissenschaften ein geradezu inflationär wirkender Rückgriff auf den Begriff der Erinnerung zu beobachten. Dieser geht im öffentlichen Leben mit einer zunehmenden Betonung der historischen Erinnerung für die Formierung individueller und kollektiver Identitäten einher. Peter Novicks „Nach dem Holocaust“ (engl. 1999/dt. 2001) ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, welche Bedeutung der „Umgang mit dem Massenmord“ für die Entfaltung der politischen Kultur in den Vereinigten Staaten in den letzten fünf Jahrzehnten gewonnen hat. Aber auch in vielen anderen Staaten und Nationen lassen sich parallele Entwicklungen beobachten, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Wissenschaft. Während aus diesem Grunde die Befürworter der Erforschung von Erinnerungskulturen inzwischen sogar von einem Paradigmenwechsel sprechen, ist aus den Reihen der Kritiker der Vorwurf eines fast beliebig wirkenden „Erinnerungskultes“ laut geworden. Zu diesem Vorwurf haben nicht zuletzt die politisch mehr affirmativ angelegten Projekte der *Lieux de mémoire* beigetragen, die insbesondere in der dreibändigen italienischen Variante der *Luoghi della memoria* ein unkritisches Verständnis der eigenen Nationalgeschichte erkennen lassen. Eine eingehende Diskussion der „Deutschen Erinnerungsorte“, deren erster von insgesamt drei Bänden gerade erschienen ist, steht noch aus.<sup>1</sup>

Vor dem Hintergrund des hier nur cursorisch angezeigten, mittlerweile breit gesteckten Interesses an Prozessen, Formen und Orten der individuellen und kollektiven Erinnerungen, aber auch an den Medien ihrer Vermittlung, hat am 15. und 16. März 2001 im mährischen Brno (Brünn) eine Tagung zum Thema der „Erinnerungskulturen“ stattgefunden. Sie stand unter der Schirmherrschaft der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission, die sich seit elf Jahren um die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse zwischen tschechischen, slowakischen und deutschen Historikern bemüht.<sup>2</sup> Als Organisatoren der Tagung zeichneten Christoph Cornelißen (Prag/Düsseldorf), Jiří Pešek (Prag) und Roman Holec (Bratislava) verantwortlich. Da die Hintergründe und die Folgen der NS-Besatzungsherrschaft im „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ sowie der Umstände der besonderen Beziehungen des „Dritten Reiches“ zum slowakischen Kollaborationsregime unter Josef Tiso bis heute politisch, aber auch historiographisch umstritten geblieben sind, lag es nahe, danach zu fragen, wie sich individuelle und kollektive Erinnerungen an die Entwicklungen im Krieg und an die NS-Besatzungs-

<sup>1</sup> I *Luoghi della Memoria*. Hrsg. von Mario Isnenghi. 3 Bde. Roma 1996 ff. – Deutsche Erinnerungsorte. Hrsg. von Etienne François und Hagen Schulze. Bd. 1. München 2001.

<sup>2</sup> Siehe dazu die Reihe „Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission“ im Klartext-Verlag, Essen.

herrschaft in den Nachkriegsjahrzehnten entwickelt bzw. welche Faktoren und Einflüsse im einzelnen auf sie formierend gewirkt haben. Die Dimension des paradigmatischen Vergleichs war zum einen mit der Einbeziehung der DDR und der Bundesrepublik Deutschland angelegt, zum anderen mit dem Seitenblick auf die kommunistisch-totalitäre Vergangenheit. Offensichtlich hat die politische Wende seit 1989 der historischen Forschung für die Untersuchung dieser Fragen gerade in Ostmitteleuropa neue Möglichkeiten eröffnet.

Da sich die Verquickung von politischen, materiellen und symbolischen Formen der Erinnerungskulturen innerhalb einzelner Nationalstaaten und zwischen ihnen im mittel- und ostmitteleuropäischen Raum an Fragen von Flucht und Vertreibung besonders eingehend demonstrieren läßt, wurde den einschlägigen politisch-publizistischen Debatten nach dem Zweiten Weltkrieg und der besonderen Rolle der Interessenverbände auf diesem Gebiet eine eigenständige Sektion gewidmet. In weiteren Abteilungen wurde die Funktion der Geschichtswissenschaft für den Erinnerungsprozeß, das Gedenken an Krieg und Diktatur im politischen Diskurs, sowie Orte und Medien der Erinnerung behandelt, wobei der deutsch-deutschen Spaltung durch eine Reihe von Beiträgen zur Entwicklung in der DDR gesondert Rechnung getragen wurde.

Wegen des zur Zeit noch bestehenden Ungleichgewichts in der Forschungslandschaft der drei Länder – so sind bislang nur wenige Studien zu den genannten Themen in Tschechien und in der Slowakei in Gang gekommen –, aber auch angesichts des insgesamt theoretisch unbefriedigenden Diskussionsstandes wurde die Tagung mit einem Grundsatzreferat zum Begriff der „Erinnerungskulturen“ von Christoph Cornelißen eingeleitet. Dieser verwies zunächst auf die Notwendigkeit der Differenzierung unterschiedlicher Dimensionen von Erinnerungsprozessen, die sich, allgemein gesprochen, in einem Spannungsfeld zwischen subjektiven Erfahrungen, wissenschaftlich objektivierter Geschichte und kultureller Kommemoration abspielen. Während sich im Hinblick darauf die von Jan und Aleida Assmann vorgelegten Differenzierungen eines kommunikativen, eines kollektiven und eines kulturellen Gedächtnisses heute weithin eingebürgert hätten, sei für empirische Detailstudien von Erinnerungsprozessen in modernen Nationen und Gesellschaften der Einsatz zusätzlicher Kategorien erforderlich. Für eine systematische, zumal für eine international vergleichende Erforschung von Erinnerungskulturen legte Cornelißen ein Raster zugrunde, das sich auf die Beziehungsgeflechte zwischen drei Größenordnungen bezog: zwischen „Nation und Erinnerung“, zwischen „Generation und Erinnerung“ und zwischen „Gesellschaft und Erinnerung“. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Erkenntnisse der älteren Nationalismusforschung (Karl W. Deutsch) und die neueren Konzepte eines Ethnonationalismus, die insgesamt die große Bedeutung der Integration von Erinnerungswerten und Symbolen für die Nationswerdung, aber auch ihre Aufrechterhaltung betont hätten. Die Nation sei auch noch nach 1945 eine „Emotionsgesellschaft der Vielen“ (Langewiesche) geblieben, weil das Gefühl, einer Nation anzugehören, nicht zuletzt auf dem Bewußtsein gemeinsamer Mythen und gemeinsamer historischer Erinnerungen beruht habe. Das sollte im einzelnen nicht übersehen lassen, daß Erinnerungen sich nicht nur entlang nationaler, sondern auch – parallel oder gegenläufig dazu – entlang

generationeller und sozialer Grenzen manifestieren können. Es gelte mithin zu fragen, in welchem Ausmaß nach 1945 die von den politischen Eliten in einzelnen Ländern formulierten Erinnerungsangebote in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen angenommen oder abgewehrt worden sind. Es sei weiter danach zu fragen, ab wann innerhalb der Eliten und zwischen verschiedenen sozialen Gruppen der Nachkriegskonsens in der Erinnerungskultur aufzubrechen begann. In diesem Zusammenhang machte Jürgen Danyel (Potsdam) in seinem Beitrag über den vergangenheitspolitischen Diskurs auf den bemerkenswerten Tatbestand aufmerksam, daß es in der DDR eine andauernde latente Erinnerung an das Vertreibungs-geschehen gegeben habe, die sich dann nach 1989 auch rasch im öffentlichen Raum manifestiert habe.

Wie aber läßt sich die Nachkriegsphase von mittlerweile über fünf Jahrzehnten im Hinblick auf die Begründung nationaler Erinnerungskulturen in den genannten Ländern differenzieren? Norbert Frei (Bochum) präsentierte für den Fall der Bonner Republik eine Abstufung in vier Phasen. Auf eine erste Zeitspanne der Säuberungspolitik unter alliierter Oberherrschaft sei bis zum Ende der 1950er Jahre eine Phase der Vergangenheitspolitik auszumachen, die u. a. durch eine „notorische Amnestiebereitschaft“ und Formen einer innergesellschaftlichen Solidarität unter Ein-schluß der Tätergruppen gekennzeichnet gewesen sei. Erst danach könne man von einer Phase der kritischen Vergangenheitsbewältigung sprechen, die nicht zuletzt auch durch das Aufkommen einer „kritischen Öffentlichkeit“ bedingt gewesen sei. Seit den 1980er Jahren lasse sich eine vierte Phase definieren, die im Zeichen der „Vergangenheitsbewahrung“ stehe. Die tschechischen und slowakischen Referenten zeigten sich im Vergleich zu den klaren Periodisierungs- und Definitionsvorgaben Freis eher zurückhaltend. Sie betonten stärker die politischen Vorgaben einer „Legende der sowjetischen Befreier“, die erstmals im Umfeld der 1968er Jahre in die Kritik geraten sei (Jan Hvránek, Prag), während Eduard Nižňanský (Nitra) für die Slowakei vom Kriegsende an ein Nebeneinander konkurrierender Erinnerungs-kulturen postulierte.

Die erste Sektion der Tagung war der neueren Historiographie gewidmet. Diese darf, wie die neuere Erinnerungsliteratur herausgearbeitet hat, sicherlich kein Monopol auf die Generierung individueller und kollektiver Erinnerungen beanspruchen, aber als Außenhorizont aller anderen Sprachen der Erinnerung – so Aleida Assmann – in Form von Denkmälern, der Architektur, aber auch zeitlicher Ord-nungen, wie Feste und Rituale, spielt sie weiterhin eine wichtige Rolle. So wies Jiří Pešek (Prag) die enge Anbindung der tschechoslowakischen Widerstandshistorio-graphie an politische Vorgaben der Jahre ab 1948 auf, die allerdings in der Phase der sogenannten Normalisierung allmählich auch das Leiden der KZ-Häftlinge stärker berücksichtigt habe, nachdem zuvor nur die kommunistische Partei als Schlüssel-gruppe des Widerstandes definiert worden sei. Während Pešek, vor allem aber auch Detlef Brandes (Düsseldorf) seit dem Ende der 1980er Jahre in der tschechischen Historiographie fruchtbringende Neuansätze erkennen, zeigte sich der slowakische Historiker Ivan Kamenec (Bratislava) skeptisch über die neueren Entwicklungen. Die Historiographie erweise sich im Verhältnis zur Öffentlichkeit heute fast als machtlos. Brandes verwies vor allem auf das Desiderat, heute die Gruppen und

Einzelpersonen zu studieren, die in den vom „Dritten Reich“ besetzten Gebieten nicht verboten oder in den Untergrund gedrängt wurden, statt die traditionelle Fokussierung auf die tschechoslowakischen Widerstandsgruppen aufrechtzuerhalten. Er plädierte dafür, die Zusammenarbeit von Staatspräsident, Protektoratsregierung und Nationaler Gemeinschaft im Protektorat nicht als „Staatskollaboration“ zu bezeichnen, weil die beteiligten Kräfte keine „nationale Revolution“ im Schutze Deutschlands angestrebt und nicht auf den Sieg Deutschlands gehofft hätten. Martin Sabrow (Potsdam) legte ein weiteres Differenzierungsmodell vor: Er unterschied mit dem Blick auf die DDR-Historiographie zwischen einer „beherrschten“, einer „selbstbeherrschten“ und einer „beherrschenden“ Erinnerung. Historiographische Erinnerung sei im Osten Deutschlands vornehmlich in „homogenisierter Form“ anzutreffen, was sich im Fall autobiographischer Erinnerung im Wegfallen einer systematischen Unterscheidung von Historiographie und Erinnerung zeige.

Von den Orten und Medien der Erinnerung können hier nur wenige Beispiele angeführt werden. Vojtěch Blodig (Terezín/Theresienstadt) berichtete über die lange währenden Schwierigkeiten, das dortige Konzentrationslager zu einer nationalen Erinnerungs- und Gedenkstätte auszubauen. Hier hat es, ähnlich wie in den Lagern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, zunächst das ersichtliche Bestreben gegeben, die Rolle des kommunistischen Widerstandes zu betonen, unter gleichzeitiger Marginalisierung des Völkermordes. Zwischen 1975 und 1988 erschienen nur neun Beiträge zum jüdischen Ghetto in den „Theresienstädter Blättern“. Seit 1989 haben sich jedoch für die Gedenkstätte neue Möglichkeiten ergeben, zumal auf dem Feld der Bildungsarbeit. Politisch noch sehr viel umstrittener jedoch stellt sich die Geschichte der Denkmalkulturen in der Slowakei und in Tschechien dar, zumal seit einem Jahrzehnt. Hierüber berichteten Lubomír Lipták (Bratislava) und Zdeněk Hojda (Prag). Letzterer zeigte in einem Überblick die Stufen der Denkmalkulturen in Tschechien seit 1945 auf. Anhand ausgewählter Auseinandersetzungen – so wurde das Masaryk-Denkmal fünfmal aufgebaut und demontiert, und von Beginn an gab es einen öffentlichen Streit über das Prager Stalin-Denkmal – wies Hojda den Konfliktcharakter der politisch gestalteten Erinnerung im öffentlichen Raum nach. Seit 1989 haben sich neue Konfrontationslinien ergeben. So wurde z.B. ein amerikanisches Denkmal in Pilsen in den 90er Jahren zum Ort eines kollektiven anti-amerikanischen Protestes aus Anlaß des Krieges der Nato gegen Serbien. Lipták formulierte die These einer vornehmlich lokal verwurzelten Erinnerungskultur, die ihre „lokalen Helden feiere“, während man in Bratislava unter der jeweils vorwaltenden politischen Großwetterlage Denkmäler entweder aufgebaut oder demontiert habe. Der Holocaust sei letztlich in der öffentlichen Erinnerung vor 1989 weithin ausgespart geblieben. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß auch die frühen Filme in Deutschland West und Ost entsprechende Blindstellen aufwiesen, worauf Sylvia Schraut (Mannheim/Bochum) aufmerksam machte. Sie hob besonders darauf ab, daß in der Sicht der deutschen Filmemacher der Nachkriegsjahre vornehmlich die „menschliche Tragödie“ einen Zugang zum Verständnis des Nationalsozialismus erreichen sollte.

Politisch kontrovers, auch unter den Tagungsteilnehmern, war vornehmlich die Behandlung der Vertreibungsfragen. Claudia Kraft (Leipzig) zeichnete diesbezüglich

in einem Vergleich der öffentlichen Debatten in Polen und in der Tschechoslowakei ein Bild, demzufolge nach der Tabuisierung der Vertreibung in beiden Ländern zuerst in Polen eine Bereitschaft nachzuweisen sei, sich kritisch mit der eigenen Rolle im Umfeld der Flucht und Vertreibungsvorgänge in der Endphase des Krieges und danach zu beschäftigen. Erik Franzen (München) zeigte anhand politischer Reden der Sudetendeutschen-Vertreter, wie schwer es diesen gefallen ist, die eigene Opferrolle in eine Beziehung zum Schicksal anderer Opfergruppen zu setzen und dies auch öffentlich zu benennen. Mathias Beer (Tübingen) hingegen verdeutlichte anhand einer einzigen Veröffentlichung die komplizierte Gemengelage von politischen Stellen, Interessenverbänden der Vertriebenen, aber auch von wissenschaftlichen Interessen. Er zeigte eindrucksvoll, wie vor dem Hintergrund eines sich laufend wandelnden Klimas in der bundesdeutschen Öffentlichkeit ein und derselbe Text – dieser erschien 1989 u. d. T. „Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948“ – in drei Fassungen erscheinen konnte: als nur „vertraulich“ eingestuftes Dokument, als „Raubdruck“ und zuletzt als amtlich autorisierte Fassung. Diese Publikation könne als materialisierter Ausdruck der westdeutschen Erinnerungskultur verstanden werden.

Die Erinnerungskulturen der untersuchten Länder befinden sich seit 1989, das machten alle Referate deutlich, in einem ersichtlichen Umbruch. Der Denkmals-*experte* Hojda berichtete in diesem Zusammenhang von der Geschichte des „rosaroten Panzers“ in Prag, der im April 1991 von dem Kunststudenten David Černý in eindeutig zweideutiger Farbe, u.a. mit der Absicht eines anti-militaristischen Protestes, übermalt worden ist. Aber die nationalen Erinnerungskulturen waren und sind mehr als ein „Happening“. Sie bilden einen integralen Bestandteil der politischen Kultur, der sich mit systematischen Kategorien erschließen und historiographisch vermitteln läßt. Zu diesem Zweck wird im kommenden Jahr von den Organisatoren der Tagung ein Sammelband vorgelegt, in dem die angesprochenen Fragen unter Hinzuziehung weiterer Beiträge vergleichend behandelt werden.

Düsseldorf

Christoph Cornelißen